

Rede von Landtagspräsidentin Astrid Wallmann während der Konstituierenden Sitzung des Hessischen Landtages am 18. Januar 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist für mich eine große Ehre, dass Sie mich einstimmig erneut zur Präsidentin des Hessischen Landtages gewählt haben. Für diesen Vertrauensbeweis bin ich Ihnen sehr dankbar.

Bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode durfte ich für die letzten eineinhalb Jahre diesem hohen Haus vorstehen. In dieser Zeit habe ich wertvolle Erfahrungen gesammelt, hatte das Privileg, mit vielen besonderen Menschen zusammenzutreffen und vor allem war es mir aber eine große Freude, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten hier im Parlament zu arbeiten. Viele dieser Abgeordneten gehören auch dem neu gewählten Landtag an und sind hier daher heute anwesend; nicht wenige sind mit dem Ende der Wahlperiode jedoch auch ausgeschieden und an ihrer Stelle sitzen nun neue Kolleginnen und Kollegen in unserer Mitte. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, diese neuen Abgeordneten noch einmal sehr herzlich in unserem Parlament zu begrüßen. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen in den kommenden fünf Jahren.

Wie Sie alle wissen, besteht der Landtag jedoch nicht allein aus den 133 gewählten Abgeordneten; als Präsidentin stehe ich auch der Kanzlei des Landtages vor, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ich an dieser Stelle in besonderer Weise danken möchte für die sehr gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden eineinhalb Jahren. Und ich darf diesen Dank sicherlich im Namen aller Abgeordneten aussprechen. Gerade die Landtagswahl und der Übergang zwischen den Legislaturperioden ist für die Landtagsverwaltung eine Zeit besonderer Herausforderungen, die sie hervorragend gemeistert hat. Aber auch sonst sind wir und bin ich persönlich sehr dankbar dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kanzlei unsere Arbeit jeden Tag sehr professionell und zuverlässig begleiten. Ich freue mich jedenfalls sehr darauf, auch in den nächsten Jahren mit diesem engagierten Team zusammenarbeiten zu dürfen.

Ich möchte an dieser Stelle jedoch auch noch einen sehr persönlichen Dank an meine Familie aussprechen. Die Allermeisten, die ein politisches Amt oder Mandat ausüben, wissen sehr genau, dass ihr Wirken ohne den Rückhalt und die Unterstützung ihrer Familie nicht denkbar wäre – und so ist es auch in meinem Fall. Es ist mir daher ein Anliegen, meine tief empfundene Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt nur wenige Gelegenheiten im hektischen Tagesgeschäft eines Parlaments, den Blick auf grundlegende Fragen der Gegenwart zu richten. Der Beginn einer neuen Legislatur ist jedoch eine solche Gelegenheit, die ich daher auch nutzen möchte, um einige Ereignisse der jüngeren Vergangenheit in einem größeren Zusammenhang zu betrachten.

Es ist gut 30 Jahre her, dass der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama im Jahr 1992 anlässlich des Falls des Eisernen Vorhangs den globalen Siegeszug der freiheitlichen Demokratien und mit ihm das „Ende der Geschichte“ prophezeite. Dass seine Prognose zu optimistisch war, ahnten Fukuyamas Kritiker bereits unmittelbar nach Veröffentlichung seiner vielbeachteten Publikation. Dass sich jedoch diese These innerhalb weniger Jahrzehnte sogar in ihr Gegenteil zu verkehren droht, dass heute statt dem Ende der Geschichte eher das Ende der liberalen Demokratien diskutiert und befürchtet wird – das hätten sich kurz nach dem Ende des sowjetischen Imperiums wohl auch die pessimistischeren Beobachter nicht vorstellen können.

Erst vor kurzem etwa warnte mit Andreas Voßkuhle ein ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts vor dem möglichen Ende unserer freiheitlichen Demokratie in Deutschland. Die Bundesrepublik könne – so Voßkuhle – nur eine kurze Episode in der Geschichte bleiben und – *wie leider so viele Demokratien vor ihr* – schon bald wieder vom Autoritarismus abgelöst werden. Aber es sind nicht nur prominente Einzelstimmen, die sich besorgt über den Zustand unserer Demokratie äußern. Allgemein wurde seit Gründung der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit die Gegenwart wohl noch nie so oft mit der Spätphase der Weimarer Republik verglichen; Appelle wie „Wehret den Anfängen“ und „Nie wieder ist jetzt“ hatten daher in den vergangenen Jahren nicht ohne Grund Konjunktur.

Ursächlich für diese pessimistische Grundstimmung sind Entwicklungen im Inneren wie im Äußeren, die in der jüngeren Vergangenheit als Symptome einer ernsten Krise gedeutet wurden.

Im Inneren etwa ist seit geraumer Zeit demoskopisch zu beobachten, dass das Vertrauen in die Parteien, in uns Politikerinnen und Politiker, ja sogar ganz allgemein in unseren Staat und dessen Institutionen nachgelassen hat. Zeitgleich sinkt die Beteiligung an Wahlen oder verharrt auf niedrigem Niveau und selbst die Skepsis hinsichtlich der Demokratie als bester Staatsform ist bei manchen gewachsen. Im 75. Jahr nach Gründung der Bundesrepublik scheinen diese Befunde dafür zu sprechen, dass unsere Demokratie manchen heute ein wenig träge und erschöpft erscheint.

Zur Grundstimmung tragen jedoch auch eine Vielzahl an internationalen Krisen bei, zu deren Lösung unser Staatswesen allein – *wenn überhaupt* – nur eingeschränkt beitragen kann: Von der Klimaerwärmung über die Migrationsbewegungen bis hin zur Corona-Pandemie, vom russischen Angriffskrieg in der Ukraine bis zum Terror im Nahen Osten – die Herausforderungen und Gefahren unserer Zeit scheinen komplexer zu sein, in kürzeren Intervallen aufzutreten und insgesamt mehr zu werden. Die Demokratien westlicher Prägung finden auf diese multiplen Krisen nicht immer oder oft zu spät eine Antwort. Und mitunter – etwa auf der Ebene der Europäischen Union – zerstreiten sie sich auf der Suche nach gemeinsamen Lösungen.

Folgt aus alledem, dass sich die Vorzeichen seit 1992 umgekehrt haben und wir uns vielleicht doch dem Ende unserer Demokratie nähern? Ich bin überzeugt: nein. Doch ich muss dieses klare „Nein“ mit einer Einschränkung versehen: Die Vitalität unserer Demokratie, ja gar ihr Fortbestehen im Allgemeinen wird künftig noch stärker als bisher von dem abhängen, auf was ich bereits nach meiner ersten Wahl vor eineinhalb Jahren an dieser Stelle verwiesen hatte: Unsere Demokratie braucht – *mehr denn je* – aktive Demokraten.

Was aber bedeutet es, ein aktiver Demokrat oder eine aktive Demokratin zu sein? Diese Frage mag jede Bürgerin und jeder Bürger für sich selbst beantworten. Es gibt aber bestimmte Handlungen, die man nach meiner Überzeugung grundsätzlich tun oder unterlassen sollte, wenn man unserer Demokratie einen Dienst erweisen möchte.

Zu diesen Handlungen zählt auch die Art, wie wir miteinander umgehen. Das betrifft zum einen uns Abgeordnete hier im Parlament: Wir haben eine besondere Vorbildfunktion, der wir uns immer bewusst sein sollten, denn unser Umgang miteinander wird öffentlich genau registriert und wahrgenommen.

Ich kann daher an dieser Stelle nur eindrücklich an Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, appellieren, selbst dann noch einen respektvollen und im Ton gemäßigten Austausch zu pflegen,

wenn dies einem angesichts der inhaltlichen Differenzen schwerfällt. Und sollte es doch einmal zu derartigen Konflikten kommen, werde ich mich in meinem Amt bemühen, die Situation zu moderieren und zu schlichten.

Aber ich möchte an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen: wenn bewusst gegen unsere gemeinsam aufgestellten Regeln verstoßen wird, werde ich auch künftig mit aller Entschiedenheit durchgreifen und Sanktionen verhängen, denn es gilt: Diese Regeln gelten für alle.

Die Art, wie wir miteinander umgehen, betrifft jedoch auch das Verhältnis zwischen Politikern und Bürgern: Die jüngsten Vorkommnisse rund um eine Nordseefähre und einen Bundesminister haben parteiübergreifend viele Politikerinnen und Politiker fassungslos zurückgelassen, so auch mich. Öffentliche Demonstrationen und Proteste – *gerade auch solche, die lautstark und unbequem sind* – sind natürlich legitim und gehören zu den zentralen Mitteln einer Demokratie. Doch unter Demokraten sollte eines zugleich immer selbstverständlich sein: Amt und Person müssen voneinander getrennt werden und deshalb ist es auch eine nicht zu akzeptierende Grenzüberschreitung, wenn ein Politiker als Privatperson angegangen wird. Der Zweck kann hier niemals die Mittel heiligen.

Und um auch das klar zu sagen: Sich in dieser Situation mit dem betroffenen Politiker solidarisch zu zeigen und Grenzüberschreitungen auch deutlich als solche zu benennen, erwarte ich von allen demokratischen Kolleginnen und Kollegen, ganz unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung. Diese Solidarität zwischen politisch Aktiven muss nach meiner Überzeugung im ureigenen Interesse eines jeden Politikers liegen – denn unser aller politische Arbeit würde massiv eingeschränkt und gefährdet werden, wenn wir uns solcher persönlichen Übergriffe im Privaten erwehren müssten. Das gilt für den vor seinem Privathaus bedrohten Bürgermeister ebenso wie für die Mandatsträgerin, die über digitale Kommunikationsplattformen Hass und Hetze erlebt.

Doch nicht nur im Internet und auf Protestkundgebungen sind in jüngster Zeit derartige Grenzüberschreitungen zu beobachten. Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich jeder deutsche Staatsbürger bewusst ist, dass unser Land eine besondere historische Verantwortung trägt – und diese Verantwortung auch nicht durch einen oftmals geforderten Schlussstrich getilgt oder abgegeben werden kann. Das ist auch der Unterschied zwischen historischer Schuld und historischer Verantwortung: Während die eine individuell und damit nicht vererbbar ist, kann letztere auch ohne individuelles Zutun erlangt werden.

Leider ist uns jedoch in den vergangenen Monaten besonders schmerzlich vor Augen geführt worden, wie brüchig dieser gesellschaftliche Konsens hinsichtlich unserer historischen Verantwortung geworden ist. Ich finde es unerträglich, wenn dieser Tage auf deutschen Straßen und Plätzen wieder ein wütender Mob jüdisches Leben bedroht, wenn Gedenkstätten wie hier in Wiesbaden mit Hakenkreuzen beschmiert werden und antisemitische Umtriebe allgemein zunehmen. Und es entsetzt mich in fast gleicher Weise, wenn Dritte über diese Geschehnisse zwar ihr Bedauern ausdrücken, aber dieses im selben Atemzug wieder relativieren, indem sie mit einem „aber“ auf die aktuelle Entwicklung im Nahen Osten verweisen.

Angesichts dieser Ereignisse, die nicht erst seit Anfang Oktober, aber seitdem noch um ein Vielfaches verstärkt in unserem Land zu beobachten sind, stelle ich mir die Frage, ob das dringlichste Bildungsproblem hierzulande tatsächlich im Bereich der Mathematik liegt, wie es uns aktuell die PISA-Studie suggeriert. Denn wir haben ganz offenbar eine noch dramatischere Situation im Bereich der historisch-politischen Bildung, die nicht allein unsere Jugend betrifft – ich hätte es beispielsweise bis vor wenigen Tagen nicht für möglich gehalten, dass wir in unserem Land allen Ernstes wieder über den Begriff Deportationen diskutieren müssen, weil ein bestimmter Kreis an Personen meint selbst festlegen zu können, wer Deutscher ist und wer nicht. Dass in Anbetracht unserer Geschichte derartige Debatten

überhaupt wieder geführt werden, macht mich traurig – und auch ein wenig ratlos. Andreas Voßkuhle hat im Kontext seiner bereits erwähnten Äußerungen auch darauf hingewiesen, dass die Bildungsangebote zur Erinnerungskultur und Politik womöglich gar nicht die erreichen und auf jene ausgerichtet sind, die sie am meisten benötigen. Ich teile diese Sorge:

Die öffentlichen oder öffentlich geförderten Angebote zur historisch-politischen Bildungsarbeit sind eigentlich vielfältig und umfangreich, in den Kommunen ebenso wie auf Landes- und Bundesebene – aber ganz offensichtlich erreichen wir damit in der Breite nicht einmal annähernd die angestrebte Einsicht in die Lehren aus unserer Geschichte. Dieser harten Wahrheit müssen wir uns angesichts der vergangenen Wochen leider stellen. Hinnehmen sollten wir das vorläufige Scheitern dieser Bildungsbemühungen jedoch nicht, sondern stattdessen daraus lernen. Ich für meinen Teil verspreche Ihnen, diesen Auftrag ernst zu nehmen: Wir verantworten hier im Landtag mit Blick auf die Gesamtzahl der Bildungsangebote zwar nur einen kleinen Teil, aber ich möchte dafür Sorge tragen, diese künftig noch eingehender hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu evaluieren und gegebenenfalls auf die Erfordernisse anzupassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mit meinen Ausführungen zu möglichen Gefahren für die Zukunft unserer Demokratie habe ich Sie hoffentlich nicht zu pessimistisch gestimmt – denn das war und ist nicht meine

Absicht. Ich halte manche der erwähnten Krisensymptome zwar für zu gefährlich, als dass man sie ignorieren und leugnen dürfte. Das ändert aber nichts an meinem grundsätzlichen Optimismus, der sich aus zahlreichen Beobachtungen und Begegnungen der vergangenen eineinhalb Jahre speist, die mir gezeigt haben: Unsere Demokratie ist noch immer kraftvoll und lebendig!

Als Zeitgenossen stehen wir zudem immer in der Gefahr, aktuelle Krisen und Herausforderungen größer einzuschätzen als vergangene – und nicht selten verklären wir auf diese Weise das Gestern. Dabei zeigt der Blick zurück, dass jede Zeit ihre spezifischen Herausforderungen hatte. Es ist nur wenigen Persönlichkeiten vergönnt, so lange in politischer Verantwortung zu stehen, dass sie mit ihrem Erfahrungswissen aktuelle Ereignisse im historisch richtigen Maßstab betrachten und einordnen können. Zu diesen Persönlichkeiten zählte der erst vor wenigen Wochen verstorbene Wolfgang Schäuble, der mehr als ein halbes Jahrhundert und damit länger als jeder andere vor ihm dem deutschen Parlament angehörte. Wohl kein anderer Politiker in diesem Land konnte somit die zurückliegenden Phasen der Bundesrepublik besser miteinander vergleichen und beurteilen als er. Wir verdanken ihm daher auch einige sehr nachdenkliche Reden, in denen er als Bundestagspräsident vor den gegenwärtigen Gefahren für unsere Demokratie gewarnt hat. Er kannte die Schwächen unseres politischen Systems sehr genau, aber – *und das ist für mich das eigentlich*

bemerkenswerte – er kannte vor allem seine Stärken und hat dafür Sorge getragen, dass wir diese vor lauter Krisenrhetorik nicht übersehen. Als er 2022 aus Anlass seines 50. Mandatsjubiläums im Deutschen Bundestag sprechen durfte, gab er als Essenz seiner politischen Erfahrungen allen Demokraten den folgenden Ratschlag mit auf den Weg:

„Wir sollten auch (...) bedenken, dass bei all unseren Schwächen die Grundwerte unserer freiheitlich-rechtstaatlichen Ordnung sich fast überall da auf der Welt, wo diese Werte nicht verwirklicht sind, so großer Anziehungskraft erfreuen, dass die Unterdrückten sich danach sehnen und die Diktatoren sie fürchten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weder hat sich die Prophezeiung vom Ende der Geschichte erfüllt, noch stehen wir zu Beginn des Jahres 2024 vor dem Ende unserer Demokratie. Wir sollten uns ohnehin weniger mit Prophezeiungen und Prognosen aufhalten und stattdessen aus der Geschichte lernen und in der Gegenwart handeln. Und wenn uns dann doch wieder einmal digital in Echtzeit über die Ticker die Meldungen von Krisen und Problemen zu überwältigen drohen und pessimistisch stimmen, sollten wir einen Schritt zurücktreten und uns die zitierten Worte von Wolfgang Schäuble in Erinnerung rufen. Dann spüren wir hoffentlich wieder mehr von dieser den Demokratien eigenen Anziehungskraft, die uns vor Augen führt:

Wir haben das große Glück, in einem solchen freiheitlichen Staat zu leben und ihn gestalten zu dürfen. Das sollten wir nie vergessen.

Herzlichen Dank!